

15/SN-319/ME 1 von 1

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst

Zahl: LAD-VD-966/37-1993

Eisenstadt, am 25.8.1993

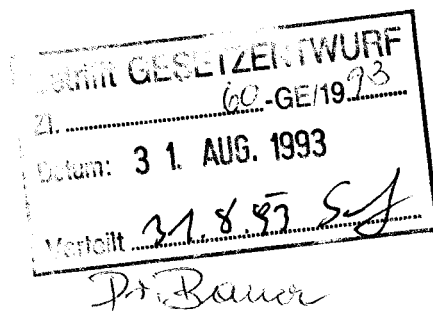
Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gnadenverfahren
neu geregelt wird; Stellungnahme

Telefon (02682)-600
Klappe 2264 Durchwahl

zu Zahl: 578.014/1-II 3/93

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien



Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gnadenverfahren in der Strafprozeßordnung neu geregelt wird, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
i.V. Dr. Tauber eh.

F.d.R.d.A.

Ackermann